

Aussagen der Berliner Wahl-Parteiprogramme zum Thema Musikschule

CDU

„Die Einbindung der Musikschule in bezirkliche Strukturen hat sich bewährt und muss für ein individuelles und wohnortnahes Angebot erhalten bleiben. Wir wollen die Musikschulen strukturell stärken, damit sie ihre wichtige bildungspolitische Funktion auch in Zukunft in hoher Qualität erfüllen können. Dazu ist eine adäquate Ausstattung der Musikschulen mit Lehrkräften und Verwaltungspersonal erforderlich. Den Anteil der festangestellten Musiklehrer wollen wir massiv steigern. Unser Ziel ist es weiterhin, auch die Honorarkräfte für ihre gute Arbeit angemessen zu entlohnen und damit auch bessere Altersbezüge zu ermöglichen. Die Kurse an den Musikschulen müssen bezahlbar bleiben.“

SPD

„Musikschulen müssen auch die Kinder und Jugendlichen erreichen, die in ihrer häuslichen Umgebung wenig in ihrer kulturellen Bildung unterstützt werden können. Sie übernehmen außerdem eine wichtige Aufgabe bei der kulturellen Integration von geflüchteten Menschen. Die Musikschulen nehmen, auch laut Schulgesetz, einen öffentlichen Auftrag wahr. Sie sind wichtiger und integraler Bestandteil der Berliner Bildungslandschaft. Wir wollen die Musikschulen mit ihren bildungspolitischen, sozialpolitischen und kulturellen Aufgaben stärken. Die Musikschulen sollen den chancengleichen Zugang für jede Bürgerin und jeden Bürger weiterhin garantieren. Eine verlässliche Finanzierung und in einem ersten Schritt eine Mindestquote von 20 Prozent Festangestellten soll die Qualität der Arbeit absichern und stärken. Die Kooperation der Schulen mit Partnern in Projekten der kulturellen Bildung (zum Beispiel Musikschulen) geben wichtige Impulse. Viele Kinder und Jugendliche können in diesen Projekten ganz besondere Fähigkeiten entwickeln. Wir werden diese Kooperationen weiter fördern und ausbauen. Zur Verstetigung der Impulse werden wir die im Bereich der integrierten Sekundarschule bereits bestehenden, kostenfreien Kooperationsangebote mit Musikschulen auf weitere Schularten übertragen.“

Die Linke

„Auch die Volkshochschulen und Musikschulen, der Botanische Garten oder das Technikmuseum arbeiten immer mehr mit externen Honorarkräften oder Firmen, um Löhne und Sozialbeiträge zu drücken. Das wollen wir ändern...Die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge in den Musik- und Volkshochschulen oder auch in der Jugend-, Senioren- und Kulturarbeit müssen über existenzsichernde Beschäftigung erbracht werden... Musikschulen und Volkshochschulen erfüllen für das Land Berlin einen Bildungsauftrag. Die dort beschäftigten Lehrkräfte haben eine hohe Qualifikation und doch können die meisten von ihnen nicht ohne staatliche Unterstützung leben. Ihnen droht Altersarmut. Zur Bekämpfung prekärer Beschäftigung fordern wir eine Anpassung der Feststellungs-Quote in Musik- und Volkshochschulen an den Bundesdurchschnitt von 75 Prozent.“

Grüne

„In den Bezirken wird der Betrieb in den Musik- und Volkshochschulen hauptsächlich durch Honorarkräfte aufrechterhalten. Im Vergleich zu den Festangestellten ist ihr Verdienst gering, für Krankheit und Alter kann keine Vorsorge getroffen werden. Deswegen wollen wir den Anteil der Festangestellten deutlich erhöhen. Die verbleibenden Honorarkräfte sollen Tarifverträge erhalten, die den Tarifverträgen für feste freie Mitarbeiter*innen in den Rundfunkanstalten entsprechen – damit auch die Kultur- und Weiterbildungseinrichtungen vor Ort weiterhin ein bedarfsgerechtes, attraktives Angebot und zukunftsfähige Arbeitsplätze bieten...Die öffentliche Hand werden wir zum Vorbild für gute Arbeit machen – „prekär im öffentlichen Auftrag“ darf es nicht mehr geben. Von der Grünpflege bis zur Musikschule gilt: Wer aus öffentlichen Mitteln finanziert wird, hat einen Anspruch auf faire Bezahlung.“

FDP

„Die Ausstattung der bezirklichen Bildungseinrichtungen (VHS und Musikschulen) ist so sicher zu stellen, dass diese ihrem Bildungsauftrag im Rahmen der vorgegebenen Standards nachfrageorientiert gerecht werden können. Sie sollen die ihnen zugewiesenen Haushaltsmittel eigenverantwortlich verwalten. Schülerwartelisten sind inakzeptabel und sind daher zügig abzubauen.“

AfD

„Die künstlerische und musikalische Ausbildung und Erziehung ist wichtiger Bestandteil einer zukunftsfähigen Kulturlandschaft. Die AfD setzt sich für eine gesicherte und breite Förderung der Musik- und Kunstschulen in Berlin ein.“

Piratenpartei

„Wir wollen eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung für Kinder- und Jugendtheater und bekennen uns zum „Masterplan Musikalische Bildung“ in Berlin.“